



KIERSPE

MÄRKISCHER KREIS

Atomwaffenfreie Zone

**Der RAUK
SPD Kierspe**

Januar 1989

Liebe Leserinnen und Leser,

fast am Ende einer Ratsperiode ziehen die SPD - Ausschußsprecher Bilanz. Durch erhebliche Mehreinnahmen im Bereich der Gewerbesteuern und der Einkommensteuern, konnte der städtische Haushalt ausgeglichen werden.

Im Baubereich kam einiges in Fluß, und es stehen noch viele Fragen zur Klärung an, wie es der Artikel über den Planungs- und Verkehrsausschuß aufzeigt. Der Bau- und Umweltausschuß erörterte Probleme mit den Kiersper Bürgern vor Ort und strebte so Lösungen an. Wir Sozialdemokraten werden auch weiterhin und verstärkt das Gespräch mit den Bürgern suchen.

Wie es im Wasser- und Gasbereich aussieht, berichtet der Ausschußsprecher des Werks- ausschusses und wirft die Frage nach einer möglichen Übernahme der Elektrizitätsversorgung durch die Stadtwerke auf.

Die Ausschußsprecher des Ausschusses für Sozial- und Seniorenarbeit, des Sport- und Jugendausschusses und des Schulausschusses berichten über die sozialdemokratischen Arbeitsschwerpunkte in diesen Ausschüssen.

Wie wichtig der manchmal vernachlässigt erscheinende Kulturausschuß auch für die Stadt Kierspe ist, macht der Artikel über diesen Ausschuß deutlich.

Außer den rein kommunalpolitischen Themen berichten wir über die Beschlüsse zur sog. Gesundheitsreform und greifen nach den schrecklichen Katastrophen das Problem der Tiefflüge über der Bundesrepublik Deutschland auf.

Wir hoffen, daß Sie unser Informationsangebot im Rauk annehmen. In der nächsten Ausgabe des Rauks werden wir Ihnen dann die SPD - Kandidaten für die Kommunalwahl im Herbst dieses Jahres vorstellen.

Mit den besten Wünschen für das Jahr 1989,

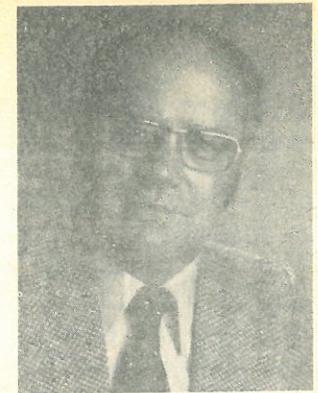
Ihre Marli Fricke

Marli Fricke

2



Finanzreport - aus dem Hauptausschuß



Was niemand für möglich gehalten hat, ist eingetreten. Nachdem für das Jahr 1988 ein Haushaltsdefizit von 2,7 Millionen DM prognostiziert wurde, konnte dieser Haushalt doch noch ausgeglichen werden. Erhebliche Mehreinnahmen im Bereich der Gewerbesteuern und der Einkommensteuern machten das möglich. Und damit nicht genug! Am Jahresende werden diese Einnahmesteigerungen zu einem Überschuß von ca. 200.000 DM führen. Da mit diesem Überschuß nicht gerechnet wurde, kann er für das Jahr 1989 voll zur Abdeckung von Sondermaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Willen der SPD-Fraktion soll dieser Betrag voll zur Renovierung der GSK und hier insbesondere zur Sanierung des Pädagogischen Zentrums dienen. Die GSK ist als Schule durch die multifunktionale Nutzung ihrer Räumlichkeiten durch die Öffentlichkeit unser kulturelles Aushängeschild. Wir werden dafür sorgen, daß dieses Gemeindezentrum durch sein äußeres Erscheinungsbild kein Negativimage bekommt.

Mit dem Etat für 1989, haben wir zum ersten Mal seit 1976 wieder einen ausgeglichenen Haushalt verabschiedet. Diese Verabschiedung erfolgte, bei einer Stimmenthaltung, einstimmig. Die SPD ist stolz darauf, einen Weg der Kontinuität gegangen zu sein. Seit 1976 hat sie als einzige Partei alle Haushalte durch ihr positives Votum getragen und damit maßgeblich dazu beigetragen, die Stadt aus dem Ausgleichsstock herauszuführen.

3

Ein weiterer positiver finanzieller Aspekt ergibt sich durch die jetzt vorliegenden Ergebnisse der Volkszählung. Dabei hat sich ein deutlicher Einwohnerzuwachs von ca. 150 Einwohnern für Kierspe ergeben. Dies wiederum führt zu einer Steigerung der Schlüsselzuweisungen durch das Land NRW von ca. 85.000 DM für 1989 und von ca. 100.000 DM für 1990. Damit hat die so umstrittene Volkszählung für unsere Stadt ein ausgesprochen positives Ergebnis gezeitigt.

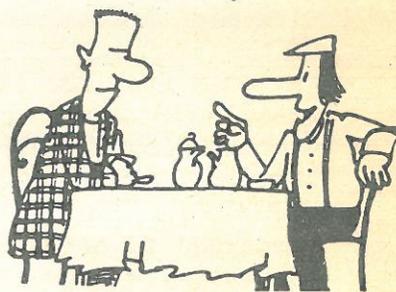
Hoffen wir, daß die Einnahmen der Stadt sich so weiterentwickeln wie bisher. Wir, die SPD-Fraktion, garantieren auch weiterhin sparsamste Haushaltsführung. Wenn beides zusammenkommt, positive Entwicklung der Einnahmen und Sparsamkeit bei den Ausgaben, werden wir auf Dauer dem Ausgleichstock entflohen sein und wieder mehr Entscheidungsspielraum für unsere Stadt gewonnen haben.

Fritz Voswinkel

*Was macht denn unser
Kämmerer jetzt mit
dem Ausgleichstock?*



*Der is' doch'n Klein-
gärtner, da braucht
der immer 'nen
Pflanzstock!*



**Aus dem Ausschuß für Planung
und Verkehr**

**Auch heiße Eisen müssen
angefaßt werden!**

Auf dem Bausektor kam einiges in Fluß. Neben ansprechend gestalteten Gebäuden im Kernbereich ums Rathaus, steigerte sich auch der private Wohnungsbau. Die Grundstücksvorratswirtschaft der Stadt hat bewirkt, daß für Eigenheime und Mietwohnungsbau auch weiterhin Grundstücke zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen. Dabei sind nicht nur neue Baugebiete zu erschließen, sondern auch die Bebauung auf stadteigenen Grundstücken im innerstädtischen Bereich muß gut gestaltet werden und sich in die Umgebung einfügen.

Bei der Pflege und Unterhaltung der Straßen ist in noch größerem Umfang auf die Belange der Fußgänger und Radfahrer Rücksicht zu nehmen. "Verkehrsberuhigung", die den Unmut vieler Bürger hervorrufen, weil sie nicht genügend mit ihnen abgestimmt worden ist, muß unterbleiben. Beispiele dafür sind die (Fehl-) Planungen am Friedhof und an der Höherstraße. Steuergelder müssen sparsam eingesetzt und "nicht in den Sand gesetzt" werden.

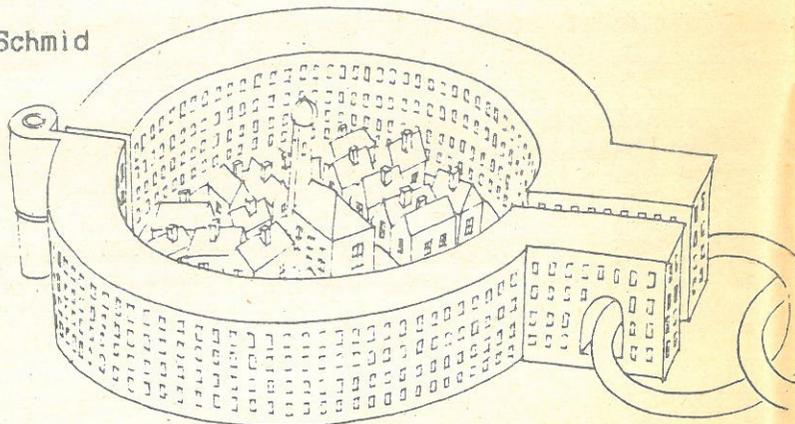
Bei der Deckenerneuerung an der Fritz - Linde - Straße muß so geplant werden, daß die Belange der Anlieger, der Bewohner des Felder- und Höferhofes sowie die der Schüler der Bismarck- und Gesamtschule berücksichtigt werden. Planerischer Einfallsreichtum ist gefragt.

Das "heiße Eisen", das angefaßt werden muß, ist die Antwort auf die Frage, wie können die Kölner Straße und die Friedrich - Ebert - Straße entlastet und zu einladenden Einkaufsstraßen umgebaut werden. Ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Verkehrsgutachten zeigt die starke Belastung durch Fahrzeuge auf, die in erster Linie innerorts hin- und herfahren. Überörtlicher Verkehr spielt nur eine geringe Rolle. Die Gutachter schlagen den Bau einer neuen Straße vor, die ortsnah die Möglichkeit bietet, auf anderem Weg als bisher z.B. vom Dorf zum Bahnhof zu kommen. Möglichst viele Querverbindungen zu der neuen Trasse könnten dazu führen, daß in Kierspe die Zeit des "Straßendorfes" mit nur einer Hauptverkehrsstrasse vorbei wäre.

Neuer Planung muß neue Diskussion vorausgehen. Die Frage wird sein, ob den Bewohnern der Friedrich - Ebert - Straße und der Kölner Straße alles zugemutet werden kann oder ob Entlastung möglich ist. Hat eine neue Straße nur Nachteile? Können neue Wohngebiete erschlossen werden? Wieviele Querverbindungen kann es geben? Wie werden die Belange des Umweltschutzes vertreten?

Hier ist Mut gefordert, Diskussion und Planung in Gang zu setzen. Pro und Contra sind offen und fair aufzuzeigen und abzuwägen.

Irmgard Schmid



Aus dem Ausschuß für Umweltschutz und Bauangelegenheiten

Der Ausschuß für Umweltschutz und Bauangelegenheiten tagt von allen Ausschüssen am häufigsten: In den letzten vier Jahren hat er bereits 50 Sitzungen hinter sich gebracht. Das liegt daran, daß der Ausschuß nach Möglichkeit alle Bauanträge schnell und ohne lange Verzögerung beraten und an die zuständigen Baubehörden beim Kreis weiterleiten will.

Oft treffen sich die Ausschußmitglieder "draußen vor Ort", um die anstehenden Fragen nicht nur am grünen Tisch, sondern an Ort und Stelle mit den betroffenen Bürgern zu besprechen und zu entscheiden: Im Jahre 1988 fanden Ortsbesichtigungen am Haunerbusch, am Drosselweg, am Blankenberg, Im Hofe und am Finkenschlag statt. Hier waren Verkehrsberuhigung und Wohnumfeldverbesserung Themen, die oft heiß und kontrovers zwischen den Bürgern und der Verwaltung diskutiert wurden. Nicht in allen Fällen ließen sich die Probleme so schnell und leicht lösen wie am Finkenschlag/ Im Hofe, denn die finanziellen Mittel sind knapp, und die Meinungen der betroffenen Anlieger sind oft nicht unter einen Hut zu bringen.



"... und dann dachte ich:
Warum nicht mal Giraffe?"



Im Mai 1988 besichtigte der Ausschuß das für die Golfplatzenerweiterung in der Varmert vorgesehene Gelände und ließ sich von den Landschaftsarchitekten des Golfclubs die Planung dort erläutern. Die SPD-Vertreter im Umweltausschuß haben deutlich gemacht, daß vor der Genehmigung alle Fragen des Landschafts- und Naturschutzes durch die Golfplatzplaner zur Zufriedenheit gelöst werden müssen.

Im November 88: Ortsbesichtigung durch den Umweltausschuß im Volmetal/ Bereich Neue Brücke. Es geht um ein jahrelanges Ärgernis direkt am Volmeufer, denn seit über acht Jahren schleppt sich ein Planfeststellungsverfahren der Kreisbehörde hin, das über den Autowrackplatz entscheiden soll. Die betroffenen Bürger, das wurde beim Ortstermin deutlich, sind zu Recht verärgert. Auf Drängen der SPD-Vertreter faßte der Ausschuß für Umweltschutz den Beschluß: "Die Stadt Kierspe lehnt den Autowrackplatz an dieser Stelle ab." Nur: das letzte Wort haben jetzt die zuständigen Kreisbehörden.

Volker Eklöh



*Zum Glück ist der Autofriedhof
noch gleich hier an der Volmestraße.*



Aus dem Werksausschuß

Seit klar wurde, wie es um die Wasserversorgung Anfang der 70er-Jahre in unserer Stadt bestellt war, haben sich der SPD-Ortsverein und die Fraktion im Rat intensiv um die Fragen einer gesicherten Wasserbereitstellung gekümmert. Seit 1980 wurden mehr als 10 Millionen DM - davon steuerte das Land NRW 6,2 Millionen bei - in die Sanierung des überalterten Netzes und in den Ausbau investiert. Dazu kommt noch ein eigener Hochbehälter im Arney mit 2.000 cbm Fassungsvermögen, der inzwischen in Betrieb genommen wurde. Mit dem Wasserbeschaffungsverband Lüdenscheid im Rücken, der zu über 90 % unser Wasser bereitstellt (der Rest kommt direkt vom Aggerverband), ist die Versorgung gesichert. Aber bei einem Rohrnetz von ca. 104 km und nur 3.000 Hausanschlüssen, bei einer denkbar ungünstigen Topographie, bleiben noch genügend technische Probleme. Die SPD-Fraktion wird auch hier aktiv mitarbeiten, die bisher noch starken Wasserverluste abzubauen. Das wird zum Teil schon jetzt durch eine moderne Fernwirkanlage erreicht, die das Netz überwacht, sowie den Wasserbedarf protokolliert. Rohrbrüche sind nun schneller einzugrenzen und zu beseitigen.

Im Rechnungsjahr 1989 der Stadtwerke sind allein 150.000 DM für die Erneuerung alter Hausanschlüsse vorgesehen. Diese bereiten oft Sorgen und sind in der Regel Hauptverursacher größerer Wasserverluste. Über 1,5 Millionen DM stehen für die weiteren Rohrnetzarbeiten bereit. Das Land NRW wird sich hier mit 650.000 DM an dieser Summe beteiligen. Das ist ein Teil aus dem Restbauprogramm in Höhe von 3,5 Millionen DM für die nächsten vier Jahre.

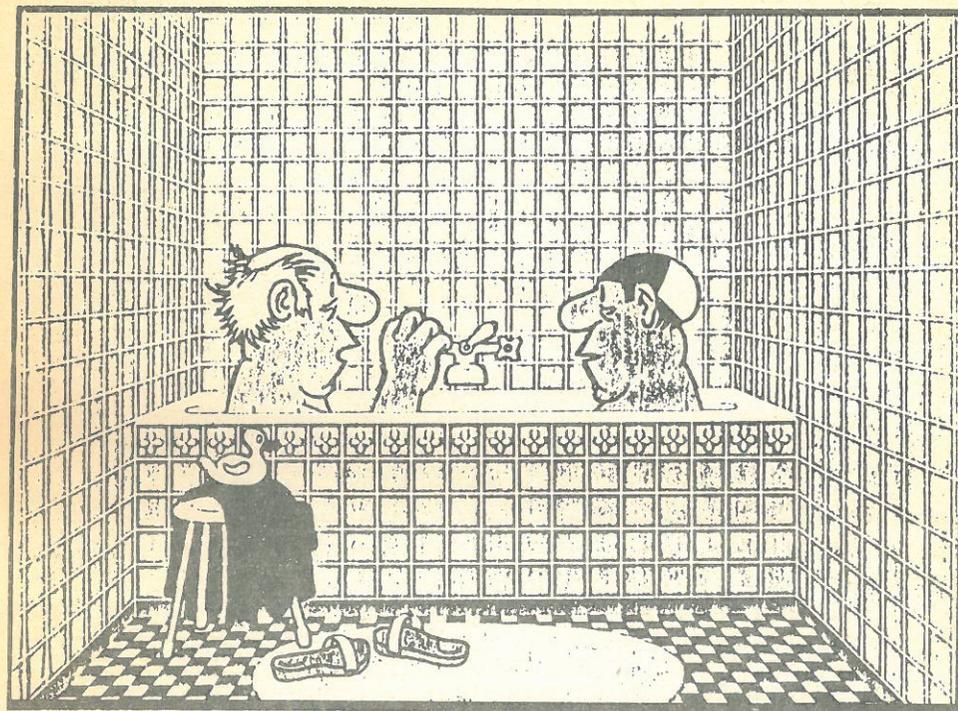
Das Geld muß über den Wasserpreis wieder erwirtschaftet werden, d.h. auch in Zukunft werden Preiserhöhungen ins Haus stehen. Wir müssen auch für die möglichst verlustfreie Wasserversorgung noch Geld investieren. Das Land NRW unterstützt uns im Rahmen des Möglichen. Den Rest müssen wir Bürger selbst über die Preise aufbringen. Die SPD-Fraktion ist sich der großen Verantwortung bewußt. Es wird nur Beschlüsse geben, die gerechtfertigt und tragbar sind.

AUCH IN
KIERSPE?



Unmündig und verantwortungslos ist unser gesellschaftlicher Umgang mit Wasser. Es kostet den privaten Verbraucher keine Mühe, Wasser heranzuschaffen, keine Sorge, wenn man es verschmutzt, keinen Groschen mehr oder weniger, ob man es mit Waschmittel verdreht oder nur Kartoffeln damit wäscht.

Anders ist es beim Gas. Seit 1980 vertreiben die Stadtwerke Kierspe in Eigenverantwortung die umweltverträgliche Energie Erdgas. Der Erfolg der ersten acht Jahre bestätigt die Richtigkeit der damaligen Beschlüsse. Heute haben wir ein Netz von 18 km mit über 500 Hausanschlüssen. Die Tendenz war bisher steigend. Wo sich die Möglichkeit bot, rentierlich Interessenten mit Gas zu versorgen, wurde von den Stadtwerken investiert und angeschlossen. - Und nur dann! - Ob wir wie bisher das "Pflänzchen Gas" pflegen können, ist fraglich. Die Preise steigen nicht der Investitionen wegen, sondern weil die derzeitige Bundesregierung zur Finanzierung ihrer steuerlichen Umverteilung, viele Verbrauchssteuern erhöht, so auch beim Gas. Die vom Rat am 20.12.88 beschlossene Preiserhöhung ist eine unmittelbare Folge des durch die Steuererhöhung gestiegenen Einkaufspreises bei der WFG.



Immerhin leisten wir so einen Beitrag zum Umweltschutz, Herr Doktor Klöbner!

Auf eines können sich die Bürger in Kierspe verlassen: Sozialdemokraten werden auch im Bereich der Versorgung mit Wasser und Gas nur Entscheidungen treffen, die auch langfristig vertretbar sind. Und gerade der Blick in die Zukunft wird die SPD-Fraktion stark beschäftigen. Heute müssen wir uns fragen, ob die Übernahme der Elektrizitätsversorgung durch die Stadtwerke rentabel und für den einzelnen Bürger von Vorteil ist. Sollte es so weit kommen, werden wir rechtzeitig unsere Informationen und Erkenntnisse weitergeben.

Jürgen Lange

Aus dem Ausschuß für Sozial- und Seniorenarbeit



Kaffeeklatsch mit Christstollen, das ist nach Ansicht eines Lüdenscheider Bürgers die Arbeit des Ausschusses für Sozial- und Seniorenarbeit in Kierspe. Das ist nicht so! Selbst die sachkundige Informantin des nicht sachkundigen Leserbriefschreibers, weiß das besser. Leider haben die rhetorisch geschickten Schlagworte die gewollte Wirkung nicht verfehlt, Bürger und Betroffene sind verunsichert. Sie wurden bewußt über die Aufgabenverteilung von Ausschuß und Verwaltung getäuscht.

Jeder in Not geratene Mitbürger hat rechtlichen Anspruch auf die Hilfe des Staates. Hilfe zum Lebensunterhalt ist in unserer heutigen Gesellschaft ein Rechtsgut. Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften regeln, welche Hilfe Antragstellern in welchen Notfällen zu gewähren ist. Es gibt keine Almosen bei den Sozialämtern. Die Solidargemeinschaft aller Bürger hilft den in Not geratenen Mitbürgern. Die Antragsbearbeitung, Prüfung, Festsetzung, Gewährung oder Ablehnung der Hilfe ist nach Recht und Gesetz von den Mitarbeitern des Sozialamtes zu leisten. Keine einzige Information über Antragsteller, Art der beantragten Hilfe oder gar die Entscheidung über die Gewährung von Hilfen, beschäftigt den Ausschuß. Das ist einzig und alleine Verwaltungsarbeit! Gegen Entscheidungen der Mitarbeiter des Sozialamtes können rechtliche Schritte eingeleitet werden - bis hin zum Gang zum Verwal-

tungsgericht - , wenn der Antragsteller der Meinung ist, daß nicht sorgfältig nach Recht und Gesetz entschieden wurde. Gegen menschliches Fehlverhalten von "Amtspersonen" gibt es die Möglichkeit der Beschwerde beim Amtsleiter, Behördenleiter und den vorgesetzten Dienststellen. Auch diese Dinge gehören nicht zu den Aufgaben des Ausschusses.

Was nun sind die Aufgaben des Ausschusses für Sozial- und Seniorenarbeit, wenn nicht Kaffeeklatsch? So vielseitig wie die sozialen Nöte, so vielseitig sind auch die Aufgaben und Beratungsthemen. Lassen Sie mich, mit den jüngsten Mitgliedern unserer Gesellschaft beginnend, einige Aufgaben aufzählen:

Kindergartenplätze in ausreichender Zahl sind keine Selbstverständlichkeit. Politische und finanzielle Voraussetzungen sind zu schaffen, damit die Kirchen und die Arbeiterwohlfahrt diese Aufgaben vor Ort erfüllen können. Damit das Angebot in Kierspe erweitert werden konnte, waren Räume zu finden, umzubauen, finanzielle Hilfe zu gewähren. Für noch fehlende Einrichtungen, z.B. die integrierte Betreuung behinderter Kinder oder eine Kinderkrippe für berufstätige Mütter, ist weiter zu kämpfen.



Suchtberatung, Aufklärung in Schulen und Jugendzentren mit dem Verein zur anonymen Drogenberatung, die Unterstützung von Selbsthilfegruppen suchtkranker Mitbürger, sind Aufgaben des Ausschusses. Aussiedler, Obdachlose und Asylbewerber sollen ein menschenwürdiges Leben in unserer Gemeinde führen können. Wohnraum ist zu beschaffen und zu unterhalten, Hilfen zur Integration zu geben, Sprachkurse einzurichten. Mitbürger mit Behinderungen haben Anspruch auf unsere Mithilfe, damit sie am öffentlichen Leben teilhaben können. Gebäude und Einrichtungen sind behindertengerecht zu planen, auszustatten und umzubauen. Wenig ist getan, vieles noch von uns zu lernen und zu verbessern.

Einen immer größeren Anteil an unserer Gesamtbevölkerung machen unsere älteren Mitbürger aus. Der Ausschub für Sozial- und Seniorenarbeit bemüht sich mit Unterstützung des Seniorenbeirates, den Lebensabend dieser Mitbürger durch vielseitige Aktivitäten lebenswerter zu gestalten, Einsamkeit und Isolation zu überwinden; bei häuslicher oder stationärer Pflege die notwendigen Einrichtungen am Ort zu schaffen und zu unterstützen.

Eine regelmäßige Bewirtung mit Kaffee und Kuchen verbessert nicht nur direkt die soziale Lage der Ausschubmitglieder;



die indirekten Auswirkungen, wie Mittelstands-förderung und die damit verbundene Arbeitsplatzsicherung verleihen diesem Antrag die eigentliche sozialpolitische Dimension.



Alle diese Aufgaben leistet nicht allein der Staat. Der Ausschub für Sozial- und Seniorenarbeit koordiniert die Arbeiten von Kirchen, Vereinen und Verbänden, die sich in unserer Stadt mit den seelischen und sozialen Problemen hilfebedürftiger Mitbürger seit vielen Jahren und meist ehrenamtlich beschäftigen. Die Vertreter der christlichen Gemeinden, des VdK, des VdH, des DRK, der AWO, der Sozialstation, des Reichsbundes und des Hauses "Waldheimat", sowie des Seniorenbeirates, sind als Sachkundige im Ausschub mit Sitz und Stimme vertreten. Sie und ihre Mithelfer tragen, meist ehrenamtlich, die Hauptlast der sozialen Arbeit. Der Staat, die Stadt, helfen über den Ausschub für Sozial- und Seniorenarbeit organisatorisch und, im Rahmen der Mittel, auch finanziell.

Allen Kiersper "Sozialarbeitern" sage ich auf diesem Wege für die vielen ungezählten Stunden aufopfernder Arbeit herzlichen Dank.

H. Detlef Kleinhofer



Aus dem Sport- und Jugendausschuß



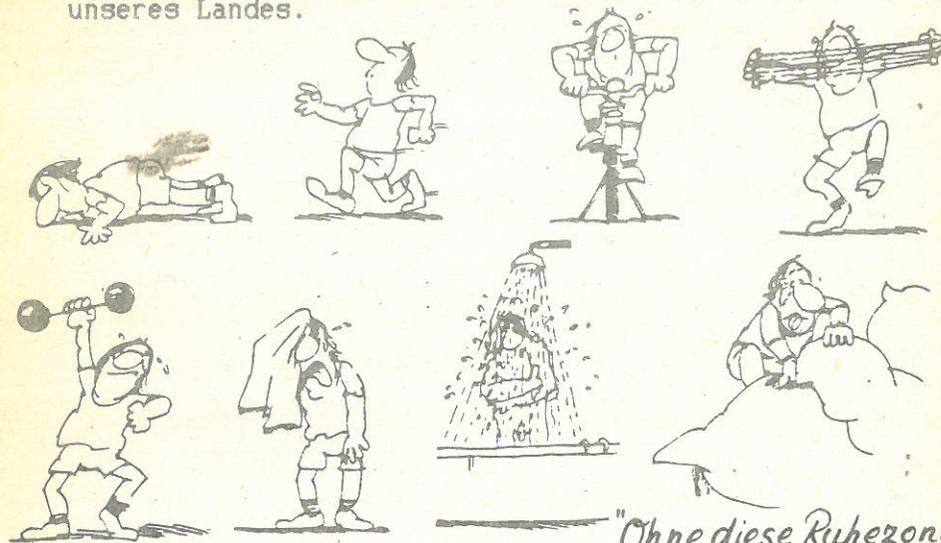
Den 21 Mitgliedern des Sport- und Jugendausschusses liegt die Förderung der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit sehr am Herzen. Weiterer Schwerpunkt ist die Errichtung, Gestaltung und Unterhaltung von Sport- und Freizeitanlagen, sowie von Kinderspiel- und Bolzplätzen.

In den letzten Jahren sind viele junge Familien in die neuen Baugebiete ins Dorf gezogen. Mit den Eltern sind wir der Meinung, daß Kindern möglichst nahe ein Kindergartenplatz zur Verfügung stehen soll. So entstand die Forderung nach einem weiteren Kindergarten im Dorf. Daraus wurde inzwischen der AWO - Kindergarten im Dorf. Wir Sozialdemokraten fordern, über das erreichte Maß hinaus, die Errichtung einer zweiten Gruppe im AWO-Kindergarten, da nur so weitergehende Angebote, wie die Integration behinderter Kinder und Ganztagsbetreuung, möglich sind. Wir brauchen sie dringend, um auch Frauen die Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit zu erschließen. Viele junge Familien sind auf die Einkommen beider Ehepartner angewiesen. In diesem Zusammenhang muß auch noch einmal über die Einrichtung eines Busdienstes, für die Kinder aus den Außenbezirken zu den Kindergärten, nachgedacht werden.

Jugendlichen in Rönsahl steht am Ort kein großes offenes Freizeitangebot zur Verfügung. Die SPD forderte deshalb eine "kleine offene Tür". Leider erreichten wir nur ein verbessertes Raumangebot, eine hauptamtliche Betreuung sowie

längere Öffnungszeiten für das Jugendzentrum Rönsahl. Die Turnhalle in Rönsahl ist für die vielen Aktivitäten zu klein. Nun kann sie, dank der Unterstützung durch die Rönsahler Vereine, erweitert werden.

Immer weniger Bürger benutzen unser nun schon 20 Jahre altes Hallenbad. Die Unterhaltungskosten, vor allem die Heizkosten, sind immens hoch. Folge: Während die Attraktivität schwindet, steigt der Zuschußbedarf in unglaubliche Höhen. Allein 1989 werden es über 500.000 DM sein! Hier liegt wohl die wichtigste und größte Aufgabe für den Sport- und Jugendausschuß im kommenden Jahr. Die Attraktivität muß deutlich erhöht werden, die gesamte Bausubstanz und Technik gehört gründlich modernisiert. Wir von der SPD glauben, daß ein familienfreundlicher Umbau, mit Planschbecken für die Kleinen, gemütlichen Ruhezone und direktem Zugang zu Cafeteria und Sauna, zusammen mit verbesserter Wärmedämmung und einer energiesparenden Hallenbadtechnik, vieles verbessern kann. Die fälligen Investitionen werden aus eigener Kraft wahrscheinlich kaum zu bewältigen sein, und so zählen wir auf die Hilfe unseres Landes.



"Ohne diese Ruhezone würde ich das nicht überleben"

Unerledigt ist immer noch die alte Bürgermeisterforderung, jedes Jahr in einem Altbaugelände einen Kinderspielplatz zu errichten. Hier bleiben wir am Ball! Auch der längst beschlossene Anbau von Umkleidekäben an der Jahnhalle ist leider noch nicht realisiert. Der längst fällige Anbau eines Geräteraumes an der Turnhalle an der Bismarckschule ist nun beschlossen worden. Der TVK unterstützt das Bauvorhaben finanziell! Unzufrieden sind wir mit der kostspieligen Unterhaltung der Tartan-Spielfelder im Sportzentrum. Zur Zeit ist aber noch keine vernünftige Lösung in Sicht.

In Absprache mit dem Disco-Team "Startruck" wollen wir das Discothekenangebot für junge Leute - sonst in Kierspe Fehlanzeige - verbessern. Längere Öffnungszeiten und ein Busdienst für die müden Tänzer und Tänzerinnen sind im Gespräch.

Diese Themenübersicht könnte um vieles erweitert werden. Festzuhalten bleibt: Ohne die Mitarbeit der Bürger und der vielen Vereine in unserer Stadt, wären die meisten Bemühungen vergebens. Bürger, die unsere Freizeitanlagen, Kindergärten, Jugendzentren und Spielplätze mitgestalten und erhalten helfen, nutzen diese nicht nur eifrig, sondern sind ein Aushängeschild für unsere Stadt!

Michael Brück



*Im Grunde bin ich ja
ein Nachtarbeiter. -
Morgens zwischen 8
und 12 ist mit mir noch
nichts anzufangen.*

P. GAY



Aus dem Schulausschuß

Auf dem Schulsektor tat sich was! Nach großen Anstrengungen und verzögerter Bauphase konnte die Zweigstelle der Pestalozzischule in Rönsahl eingerichtet und in Betrieb genommen werden. Den Rönsahler Kindern wird die Busfahrt erspart, und in der Pestalozzischule ist mehr Platz für die übrigen Kinder.

Für die Bismarckschule wird es 1989 einen Erweiterungsbau geben. Die längst abgenutzten und nicht ausreichend beheizbaren Pavillons können dann abgerissen werden. Damit wird dann auch Platz geschaffen, um 1990 die lange geforderte Schulsportanlage zu bauen. Damit wird ein alter Mißstand behoben, denn gerade unsere jüngsten Schüler brauchen für gesundes Wachstum viel Bewegung - auch im Freien.

Bei der Schulwegsicherung sehen wir auch für die nächsten Jahre noch genug Probleme. Wann gibt es die fußläufige Verbindung zwischen Dorf und Felderhof? Wie kommen radfahrende Kinder sicher zur Schule? Muß es an der unteren Kölnerstraße einen weiteren Fußgängerüberweg geben?

Große Sorgen bereitet uns die Unterhaltung unserer Schulen. Hier stehen immer wieder größere Summen für Renovierungen an. Damit verbunden ist auch die Instandsetzung des PZs in der Gesamtschule. Nicht zuletzt auf Drängen der Sozialdemokraten hat die Renovierung begonnen.

Wir müssen uns leider immer wieder in einem äußerst kargen Haushaltsrahmen bewegen und dort versuchen, diese Maßnahmen - auch wenn es noch so schwerfällt - durchzusetzen.

Jochen Koch

Ausschuß für Kultur und Denkmalpflege



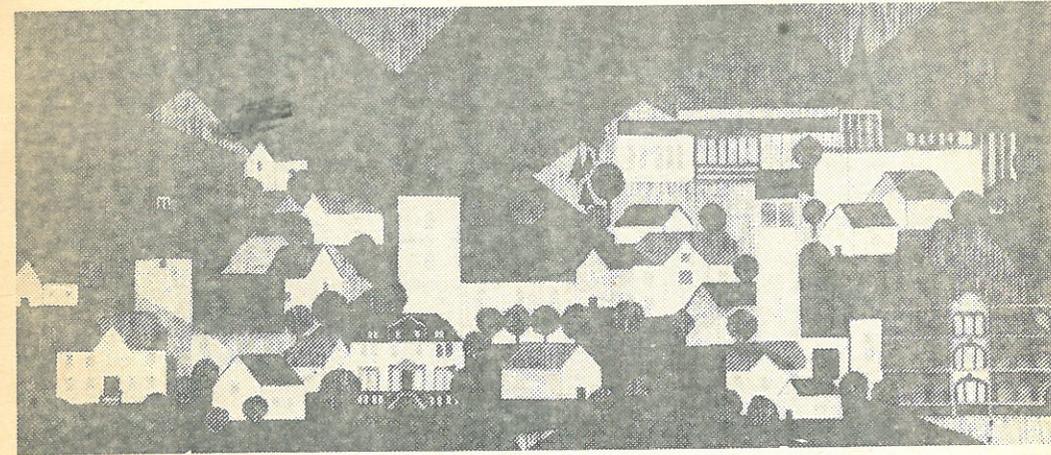
Vor einer Reihe von Jahren konnte man durchaus die Meinung hören, man solle den Kulturausschuß einschlafen lassen, weil es ohnehin kaum noch Aufgaben für ihn gebe. Das Geld wurde immer knapper in Kierspe, man konnte nicht mehr viel an attraktiven Veranstaltungen anbieten, man hatte auch den Eindruck, die Kiersper seien "veranstaltungsmüde" geworden - wenn wirklich mal eine interessante Veranstaltung stattfand, fehlten die Besucher!

Der Ausschuß beschloß damals, auf teure Konzerte und andere aufwendige Veranstaltungen fast ganz zu verzichten und stattdessen lieber das vielfältige kulturelle Leben in unserer Stadt zu fördern. Das ist in vielen Fällen gelungen, es war also tatsächlich aus der Not eine Tugend gemacht worden. Ein Beispiel mögen die "Kiersper Theatertage" sein, die man ohne die Hilfe des Kulturausschusses wohl kaum gewagt hätte.

Der Umzug der Verwaltung ins neue Rathaus brachte dem Ausschuß ebenfalls neue Aufgaben: Über die Gestaltung des Ratssaales, des Innenhofes und der Gänge wurden im Ausschuß diskutiert und dies führte z.B. dazu, daß der Ratssaal durch den wunderschönen Wandteppich aus der Werkstatt der Kiersper Künstlerin Anita Winter seine besondere Note erhielt. Seit Jahren wird im Ausschuß auch die Errichtung eines Mahnmals besprochen, das in der Nähe des Rathauses an die Schrecken von Krieg, Verfolgung und Vertreibung erinnern soll. Demnächst wird nach dem Entwurf eines Kiersper Gesamtschülers dieses Mahnmal entstehen.

Vor einigen Jahren übernahm der damalige Kulturausschuß zusätzlich Aufgaben der Denkmalpflege. Wir haben in Kierspe sicherlich nicht eine mittelalterliche Altstadt oder ähnliche Sehenswürdigkeiten vorzuweisen, aber es gibt doch eine ganze Reihe von sehr schönen und interessanten Häusern, die erhalten werden und deshalb unter Schutz gestellt werden sollten. Für die Besitzer bringt das übrigens nicht nur Nachteile: Weil die notwendigen Erhaltungsaufwendungen meist teurer sind als an anderen Häusern, trägt das Land durch Zuschüsse dazu bei, daß das Denkmal für den Besitzer nicht zur Last wird.

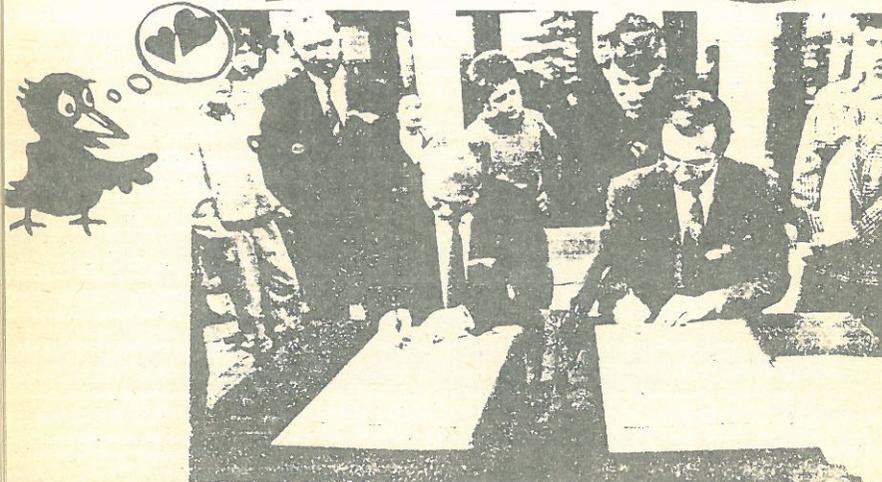
Viel Raum in den Diskussionen des Ausschusses nahm in den letzten Jahren unsere Musikschule ein. Auch in Zukunft werden wir uns noch oft Gedanken darüber machen müssen, wie wir das vielfältige Musikschulangebot in Kierspe erhalten können, und zwar muß gewährleistet sein, daß jedes begabte Kind, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, am Musikunterricht teilnehmen kann.



Am Ende dieser kleinen Aufzählung darf der Hinweis nicht fehlen, daß die vorbereitenden Gespräche zum Thema "Städtepartnerschaften" im Ausschuß für Kultur und Denkmalpflege schließlich zu der ersten Partnerschaft, nämlich mit Montigny le Bretonneux führten, die inzwischen doch schon von recht vielen Bürgern und Vereinen mit Leben ausgefüllt wird.

Sie sehen also - der Ausschuß für Kultur und Denkmalpflege hat genug zu tun und es sieht nicht so aus, als ob sich das ändern würde.

Werner Keune



Gesundheitsreform - die
Beschlüsse von CDU, CSU und
FDP:
Abkassierung statt Reform!



Sterbegeld

Das Sterbegeld wird für Mitglieder auf 2100 DM und für mitversicherte Familienangehörige auf 1050 DM gekürzt. Wer neu in die Krankenversicherung eintritt, erhält überhaupt keinen Sterbegeldanspruch mehr.

Bisher betrug das Sterbegeld bis zu 6000 DM.

Krankenhaus

Die direkte Kostenbeteiligung beim Krankenhausaufenthalt wird für die ersten 14 Tage von 5 DM auf 10 DM pro Tag verdoppelt.

Fahrtkosten

Für Fahrten zur ambulanten Behandlung werden keine Kosten mehr übernommen.

Für Fahrten zur stationären Behandlung werden Kosten nur übernommen, soweit sie 20 DM je Fahrt übersteigen. Für Fahrten, die bis zu 20 DM kosten, haben die Versicherten also alles alleine zu bezahlen. Für Fahrten, die teurer sind, beträgt die Selbstbeteiligung 20 DM je Fahrt.

Bisher wurden Kosten für Fahrten zur ambulanten und stationären Behandlung übernommen, soweit sie 5 DM je Fahrt überstiegen.

Zahnersatz

Die Versicherten müssen die gesamten Kosten, also auch das Zahnarzt Honorar und die Laborkosten, beim Zahnarzt vorfinanzieren. Denn es wurde das sog. Kostenerstattungsprinzip eingeführt.

Die Krankenkasse erstattet den Versicherten durchschnittlich 50% der gesamten Kosten, also des Zahnarzthonorars und der Laborkosten. Zunächst werden weitere 10% erstattet. Dieser Anfangsbonus von 10% fällt ab 1991 weg, wenn der Versicherte keine regelmäßigen Zahnvorsorgeuntersuchungen nachweisen kann.

Bisher wurde das Zahnarzthonorar von der Kasse direkt mit dem Zahnarzt verrechnet und zu 100% übernommen. Für die Laborkosten erhielten die Versicherten einen Zuschuß von 60%, der ebenfalls direkt verrechnet wurde.

Beispiel: Angenommen ein Zahnersatz kostete bisher 2000 DM, wovon je 1000 DM auf das Zahnarzthonorar und die Laborkosten entfielen. Die Kasse trug dann 1600 DM und der Versicherte 400 DM. Jetzt tragen - bei einem Zahnersatz mittlerer Qualität - die Kasse 1200 DM und der Versicherte 800 DM. Die Selbstbeteiligung stieg also von 400 DM auf 800 DM, ab 1991 auf 1000 DM, wenn keine regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen erfolgt sind.

Kieferorthopädie

Die Versicherten müssen die gesamten Kosten der kieferorthopädischen Behandlung vorfinanzieren. Denn es wird das sog. Kostenerstattungsprinzip eingeführt.

Die Krankenkasse erstattet dem Versicherten zunächst 80% und erst nach Abschluß der Behandlung die restlichen 20% der Behandlungskosten. Wird die Behandlung abgebrochen, entfällt der Anspruch auf die Erstattung der restlichen 20% der Kosten. Für das zweite und jedes weitere Kind verringert sich die zeitweilige Selbstbeteiligung auf 10%.

Bisher wurden die Behandlungskosten von der Kasse in voller Höhe direkt mit dem Kieferorthopäden verrechnet. Die neue Regelung ist vor allen Dingen deshalb nachteilig, weil kieferorthopädische Behandlungen zumeist lange dauern und in erster Linie Kinder betroffen sind.



NA, OPA SCHULZE, WIE GEHT ES UNS DENN HEUTE, KÖNNEN WIR DENN DAS TAGEGELD ZAHLEN?

Heil- und Hilfsmittel

Für Heil- und Hilfsmittel von geringer Bedeutung oder für solche, die eher dem täglichen Bedarf zuzurechnen sind, z.B. Augenklappen und Gelenkbandagen, müssen die Versicherten die Kosten selbst tragen.

Für Bäder und Massagen übernehmen die Krankenkassen die Kosten nur noch bei strenger medizinischer Indikation. Während bisher eine einmalige Verordnungsgebühr von 4 DM erhoben wurde, muß jetzt eine Zuzahlung von 10% erfolgen.

Beispiel: Angenommen, ein Arzt verordnet zwölf Bäder zu je 17,15 DM, wurde bisher eine einmalige Verordnungsgebühr von 4 DM fällig. Jetzt zahlt der Versicherte 1,72 DM pro Bad. Die Selbstbeteiligung stieg von 4 DM auf 20,64 DM. Für die übrigen Heilmittel zahlt die Krankenkasse Festbeträge. Wo die Bestimmung eines Festbetrages nicht erfolgt ist, ist eine Zuzahlung von 10% zu leisten.



Für Brillengestelle beträgt der Zuschuß der Krankenkasse nur noch 20 DM. Für Brillengläser gibt es Festbeträge, die je nach der benötigten Stärke unterschiedlich sein sollen. Der Versicherte hat nicht mehr alle drei Jahre Anspruch auf eine neue Brille, sondern nur noch, wenn sich seine Sehfähigkeit um mindestens 0,5 Dioptrien ändert.

Auf Kontaktlinsen besteht nur noch in medizinisch notwendigen Ausnahmefällen ein Anspruch. Wenn der Versicherte sonst Kontaktlinsen wählt, zahlt die Krankenkasse höchstens den Betrag, den sie für eine vergleichbare Brille aufzuwenden hätte. Pflegemittel für Kontaktlinsen werden nicht mehr bezahlt.

Für Hörgeräte zahlt die Krankenkasse Festbeträge. Die Kosten für Batterien werden nicht mehr übernommen.

Arzneimittel

Die Versicherten müssen die Kosten für mehr Arzneimittel selbst tragen. Denn die bereits bestehende sog. Negativliste, eine Liste mit Arzneimitteln, die nicht zu Lasten der Krankenkasse verordnet werden dürfen, wird erweitert.

Bei den Arzneimitteln, die zu Lasten der Krankenkasse verordnet werden dürfen, werden Festbeträge eingeführt. Für Arzneimittel, für die keine Festbeträge festgesetzt sind, wird die Zahlung vorübergehend auf 3 DM je Medikament erhöht und ab Anfang 1992 auf prozentuale Selbstbeteiligung umgestellt. Die Selbstbeteiligung wird 15 % des Preises bis höchstens 15 DM pro Medikament betragen.

Bisher wurde für alle Arzneimittel, die zu Lasten der Krankenkasse verordnet wurden, eine Verordnungsgebühr von 2 DM je Medikament erhoben.

Natürlich ist die
Gesundheitsreform
ein Jahrhundertwerk



Nur krank werden
darfste nicht



Offene Badekuren

Die Zuschüsse für Unterkunft und Verpflegung bei offenen Badekuren werden auf höchstens 15 DM pro Tag gekürzt, die Erstattung der Kurtaxe entfällt.

Bisher zahlte die Krankenkasse Zuschüsse von durchschnittlich 25 DM pro Tag und die Kurtaxe.

Dagegen lassen sich als Verbesserung nur zwei Beispiele anführen:

Krankheitsfrüherkennung

Für Versicherte ab dem 35. Lebensjahr werden Gesundheitsuntersuchungen in Abständen von zwei Jahren eingeführt.

Bei Früherkennungsuntersuchungen für Kinder wird die Altersgrenze von vier auf sechs Jahre heraufgesetzt.

Häusliche Pflege

Bei Schwerpflegebedürftigen bezahlt die Krankenkasse für längstens vier Wochen im Jahr eine Ersatzkraft für die Pflegeperson, höchstens 1800 DM.

Ab 1991 soll die Krankenkasse bei Schwerpflegebedürftigen bis zu 25 Pflegeeinsätze monatlich von bis zu je einer Stunde, höchstens 750 DM, oder ein Pflegegeld von 400 DM im Monat zahlen.

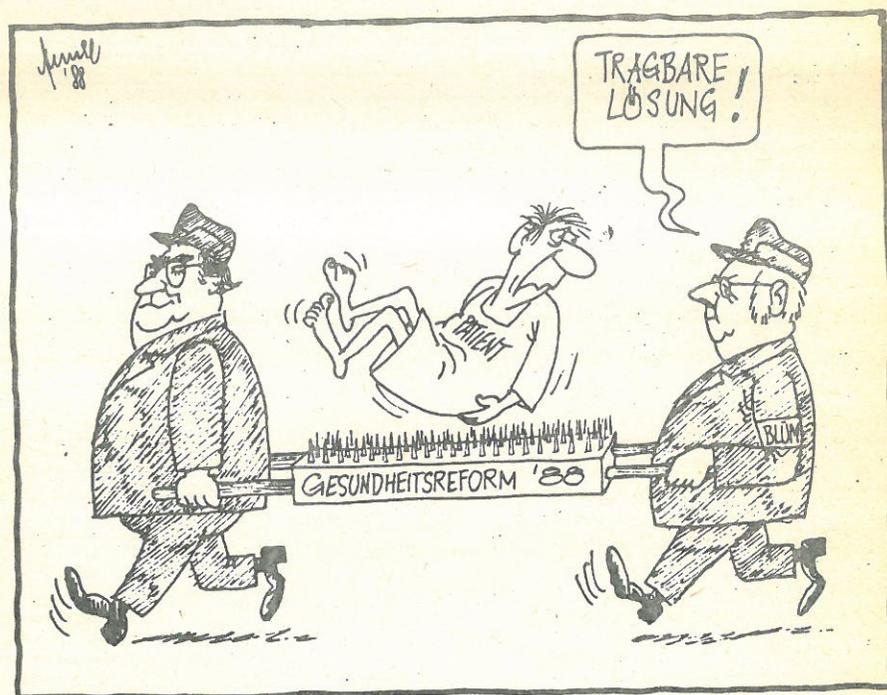
Härtefallregelungen

Die umfangreichen zusätzlichen Belastungen der Versicherten, z.B. durch die Zuzahlungen beim Zahnersatz, bei den Fahrtkosten, den Arzneimitteln und den Heilmitteln, sollen durch komplizierte Härtefallregelungen gemildert werden. Vor der Zuzahlung bei Arzneimitteln und Heilmitteln werden Kinder unter 18 Jahren generell befreit. Bisher sind Kinder unter 16 Jahren von der Verordnungsgebühr bei Arzneimitteln, Heilmitteln und Brillen befreit.

Höhere Beitragsätze für Rentnerinnen und Rentner

Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wurde erhöht, sowie die Versicherungspflichtgrenze für Arbeiter eingeführt. Für nicht in Anspruch genommene Leistungen werden Rückzahlungen gewährt.

Bisher gab es keine Beitragsrückzahlung, weil sie gegen das Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung verstößt.



Die SPD wollte und will keine Abkassierung sondern eine Reform des Gesundheitswesens, die ihren Namen verdient und den Menschen zugute kommt, in Solidarität und demokratischer Verantwortung.

Zu unseren Reformvorstellungen gehört:

- Wir wollen, daß Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung ausgebaut werden.
- Wir wollen, daß sich die Kassen besser als bisher gegen die Anbieter von Gesundheitsleistungen, z.B. die Pharmaindustrie, behaupten können.
- Wir wollen, daß alle Krankenkassen unter gleichen rechtlichen Bedingungen arbeiten können und daß alle Arbeitnehmer in der Krankenversicherung gleichgestellt werden.
- Wir wollen, daß die Krankenversicherung finanzierbar bleibt und daß jeder - unabhängig von seinem Geldbeutel - auf eine vernünftige gesundheitliche Versorgung vertrauen kann.

Niemand soll die Sorge haben, er müßte auf notwendige Leistungen verzichten, weil er zu wenig Geld hat.

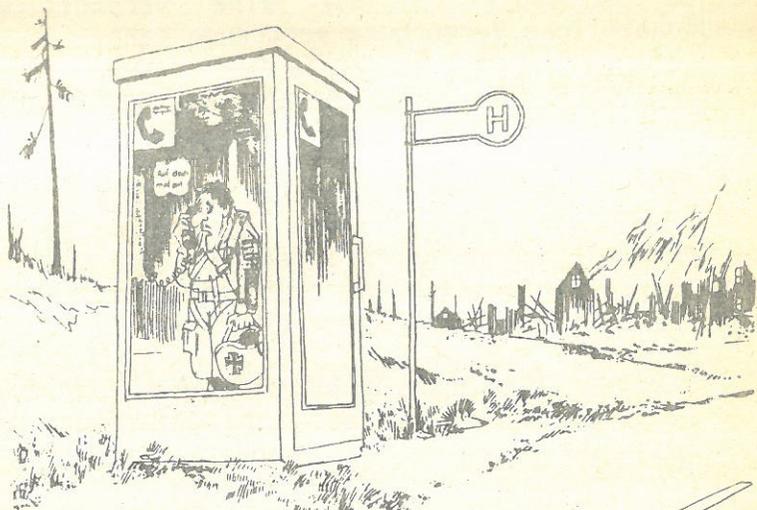
Wir wollen, daß unsere Umwelt so erhalten wird, daß durch Luft, Wasser, Boden und Nahrung keine gesundheitlichen Gefahren entstehen. Wir wollen Arbeitsplätze so gestalten, daß Berufskrankheiten gar nicht erst aufkommen können.

Dafür setzen wir Sozialdemokraten uns nach wie vor ein. Wir brauchen dabei Ihre Unterstützung und neue Mehrheiten bei der Bundestagswahl 1990!

Marli Fricke

Keine Tiefflüge mehr!
Abrüstung auch in der Luft!

Nach der Katastrophe von Remscheld hätte es für den Verteidigungsminister und die Bundesluftwaffe klar sein müssen: Tiefflüge sind für die Bevölkerung unerträglich geworden. Doch mit der Kaltschnäuzigkeit eines preußischen Gardeoffiziers läßt Verteidigungsminister Scholz seit Jahresbeginn wieder tieffliegen. Seine Aussage: "Wir verlegen 1000 (von 6700 d.R.) Flugstunden nach Belgien", mit der er die aufgebrachtten Bürger beruhigen wollte, erwies sich als falsch. Keine 14 Tage nach Wiederaufnahme der Tiefflüge sind zwei Flugzeuge in unmittelbarer Nähe einer Ortschaft abgestürzt. Damit sind seit Bestehen der Bundesrepublik 687 Militärflugzeuge bei Flugübungen abgestürzt, davon 23 Maschinen in der Nähe von Atomkraftwerken! So darf es nicht weitergehen!



„MAN GUT, DASS DIE DINGER'N SCHLEUDERSITZ HABEN. WER WEISS, WAS MIR SONST PASSIERT WÄRE!“



„ICH WOLLTE SAGEN: IST ES HIER NICHT HERRLICH — DIESE HIMMLISCHE RUHE...!“



Wir meinen: Die Verlegung von Tiefflügen ins dichtbesiedelte Ausland ist keine Alternative. Tiefflüge über kaum besiedelten Landstrichen und über dem Meer sind nur für eine Übergangsphase akzeptabel. Gefordert ist ein mutiges Abrüstungs- und Verteidigungskonzept, das die gefährliche Tieffliegerei und andere militärische Übungsflüge überflüssig macht.

Wir wissen uns in unserem Bemühen um einen Tiefflug - Stop einig mit den vielen Kiersper Bürgern, die mit ihrer Unterschrift ihrer Sorge vor weiteren Unglücksfällen Ausdruck verliehen haben.

Ulli Duffe

AUSWIRKUNGEN DER QUOTENREGELUNG?



der Rauk, herausgegeben von der SPD Kierspe.
Verantwortlich: Marli Fricke,
Häunerbusch 40, 5883 Kierspe